

In den Kulturausschuss  
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss  
In den Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Grünflächen  
In den Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation  
In den Verwaltungsausschuss  
In die Ratsversammlung

### Änderungsantrag

gemäß § 12 der Geschäftsordnung  
des Rates der Landeshauptstadt Hannover  
zu Drucks. Nr. 0227/2023: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Verantwortung zeigen für die Kolonialgeschichte Hannovers – Erarbeitung eines gesamtstädtischen dekolonialisierenden Erinnerungskonzeptes

### Antrag zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird damit beauftragt, vor Einrichtung eines Beirates eine offene Bürgerbefragung analog der von Prof. Dr. Tim Cole in der Anhörung vom 16.09.2022 für unsere Partnerstadt Bristol vorgestellten durchzuführen und die Ergebnisse daraus den Ratsgremien in einer Drucksache vorzustellen. Erst im Anschluss wird über die Einrichtung eines Beirates im Sinne des gemeinsamen Antrages der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entschieden.
2. Vorbehaltlich der Einrichtung eines Beirates, wird der genannte Antrag wie folgt ergänzt/geändert:  
  
(...)  
  
a) Perspektivwechsel des postkolonialen Erinnerns und Zusammenlebens durch Partizipation der Zivilgesellschaft, insbesondere der BIPoC-Communities (Black, Indigenous, People of Color), **der asiatischen (vor allem chinesischen) Communities, vor allem der ost- und südosteuropäischen Communities**, und in Folge Entwicklung würdiger Formen und Orte des Gedenkens.  
  
b) Provenienzforschung sowie ggf. Restitution von Sammlungsgegenständen.  
  
c) Vermittlung von Erkenntnissen der Erforschung des Kolonialismus **in Ost-, Südosteuropa, Afrika und Asien** und seiner Folgen in die Gesellschaft.

d) Entwicklung partizipativer Bildungsangebote zur Aufarbeitung des Kolonialismus **in obigem Sinne**, des Postkolonialismus und aktuellen Auswirkungen wie Rassismus und der weltweiten Klimagerechtigkeit für alle Altersgruppen.

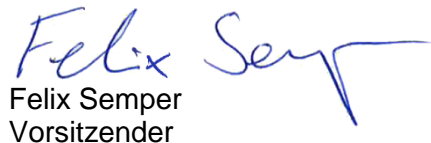
e) Ausarbeitung von Möglichkeiten, durch kommunale Maßnahmen zum Abbau kolonialer wie rassistischer Strukturen ~~gemäß der EU-Resolution zu Grundrechten von Menschen afrikanischer Herkunft in Europa von 2019~~ beizutragen.

### **Begründung:**

Vor der Einrichtung eines weiteren Beirates ist es erforderlich, die Bürgerinnen und Bürger bei einem ebenso komplexen wie sensiblen, dabei für Viele aber in weiter historischer Ferne geglaubten Thema frühzeitig einzubinden und mitzunehmen. Hier liefert das Vorgehen unserer Freundinnen und Freunde in Bristol, wie es von Prof. Dr. Tim Cole skizziert wurde, eine gute und praktikable Vorlage (siehe Anlage 3 zum Protokoll der Anhörung vom 16.09.2022).

Darüber hinaus bedeutet die Fokussierung auf Afrika eine Verengung der Sichtweise auf deutsche kolonialistische und imperialistische Bestrebungen. Neben den unbestreitbaren Gräueltaten in den ehemaligen Kolonien in Afrika und Asien, haben insbesondere unsere südost- und osteuropäischen Nachbarn unmittelbarer und länger unter deutschem Großmachtsstreben gelitten. Die Eroberung von „Lebensraum im Osten“ durch die Nationalsozialisten war dabei lediglich ein perfider Höhepunkt, aber keineswegs der Beginn einer Expansion, die durch Begriffe wie „Ost- und Grenzkolonisation“ nur bruchstückhaft angedeutet werden soll.

Gerade die aktuelle politische Situation zeigt, wie wichtig eine Auseinandersetzung gerade auch mit diesem Teil deutscher „Expansionsgeschichte“ ist.

  
Felix Semper  
Vorsitzender